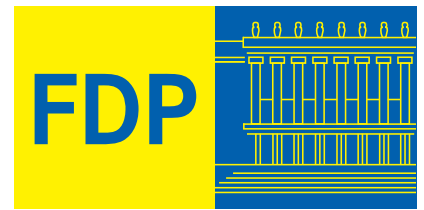


Blaue Seiten



RATSFRAKTION WUPPERTAL

AUSGABE MÄRZ 2011

STADTBAD



Dem Bürger sei Dank!

FDP-Fraktion freut sich über die Weiterführung der Wuppertaler Bäder

Bergische Sinfonie?

Ein Blick in die mögliche Zukunft des Wuppertaler Sinfonieorchesters

Kein Platz für Nazis!

Eine von der FDP angeregte Resolution scheiterte am Widerstand der SPD

Inhalt / Impressum

Vorwort, Beförderungstau bei Feuerwehr unter Rot- Grün verschlimmert	<u>3</u>
Bergische Sinfonie? Ein Blick in die Zukunft des Wuppertaler Sinfonieorchesters	<u>4</u>
Dem Bürger sei Dank! FDP-Fraktion freut sich über Weiterführung der Wuppertaler Bäder	<u>5</u>
Liberaler Bildungspolitik Grenzenlose Bildung Wie geht es mit der Sanierung von Schulgebäuden weiter?	<u>6</u>
Kein Platz für Nazis!	<u>7</u>
Klimafreundlich Essen Teuflich gut! - unsere Karnevalsanzeige	<u>8</u>
Hauptschulen vor dem Aus? Wie steht es um die Hygieneüberwachung des öffentlichen Gesundheitsdienstes?	<u>9</u>
Umfeld Döppersberg	<u>10</u>
Luftreinhalteplan Kostenerstattung für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel	<u>11</u>
Umweltzone und Dosenpfand 20 % weniger für die Bergische Universität	<u>12</u>
Liberaler Forderung zur Änderung des Kommunalwahlrechts FDP-Bundestagsfraktion hat keine Zeit für OB Jung!?	<u>13</u>
Termine	<u>14</u>

Herausgeber:

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal,
Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Tel.: 0202 / 563 6272
Fax: 0202 / 563 85
E-Mail: fraktion@fdp-wuppertal.de
www.fdp-wuppertal.de

Die Geschäftsstelle ist wie folgt besetzt:
Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr
Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Konzept / Layout:

Tobias Wierzba, Geschäftsführer der FDP-
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Bearbeitung:

Tobias Wierzba (V.i.S.d.P.), Karin van der Most,
Jörn Suika, Eva Schroeder

Bildmaterial:

soweit nicht anders gekennzeichnet:
Tobias Wierzba, © FDP-Fraktion im Rat der
Stadt Wuppertal;
Norbert Wierzba, Seite 4; Karin van der Most,
Seite 6; Jörn Suika, Seite 7; Alexander
Schmidt, Seite 9

Auf ein Wort

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
Sehr geehrte Damen und Herren,



die erste Ratssitzung im neuen Jahr hat den Eindruck erweckt, als ob uns die CDU-Stadtverordneten beim FDP-Neujahrsempfang zugehört

hätten: Gleich fünf CDU-Stadtverordnete durften in der letzten Ratssitzung reden. Das hat dazu geführt, dass es auch interessante, kontroverse Debatten gegeben hat. Zum Beispiel über die Wiedereinführung der Grundschuleinzugsbezirke, die die rot-grüne Landesregierung als einen ihrer Erfolge darstellt. Vor Ort wird dies aber lediglich von der Linkspartei gefordert. Alle anderen Parteien halten die momentane Lösung für besser, wonach Eltern die Schule für ihre Kinder im Rahmen der Aufnahmekapazität selbst wählen können. Jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf einen Platz an der nächstgelegenen Grundschule. Oder über die Übernahme des Betriebs der Hallenbäder Ronsdorf und Vohwinkel sowie der Freibäder Mirke, Vohwinkel und Eckbusch durch Fördervereine. Hier haben die meisten Parteien ihren Dank und ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht, dass diese Bäder durch

das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern weiter betrieben werden kann. Lediglich die Grünen und Linken haben sich klar gegen dieses ehrenamtliche Engagement ausgesprochen. Sie sehen dieses als schleichende Privatisierung städtischen Eigentums, die sie verhindern wollen. Weitere Themen wie die Zukunft des Sinfonieorchesters, den von den Grünen geforderten „Gemüse-Tag“, die Gebäudesituation an den Wuppertaler Schulen finden Sie in dieser Ausgabe der „Blauen Seiten“.

Wir würden uns sehr freuen, Sie bei einer unserer nächsten Gesamtfraktions- oder Arbeitskreissitzungen als Ideengeber begrüßen zu können!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Jörg Suika,
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

BEFÖRDERUNGSSTAU BEI FEUERWEHR UNTER ROT-GRÜN VERSCHLIMMERT!

Unter der rot-grünen Minderheitsregierung hat sich seit den Landtagswahlen im Jahre 2010 der Beförderungsstau nach Auskunft der Berufsfeuerwehr Wuppertal von 100 auf jetzt 120 Stellen verschlimmert. Noch im Wahlkampf hatten die jetzt Verantwortlichen vollmundig versprochen den Beförderungsstau umgehend aufzuheben.

„Dietmar Bell hat, ebenso wie die Grünen, sein Wahlversprechen gebrochen. Ich frage mich, wo die Proteste und Appelle an den neuen NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) bleiben, den Erlass zum Beförderungsstau zu ändern“, so Manfred Todtenhausen, Sprecher der FDP-Fraktion im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit und

ergänzt: „Wer noch im Juli letzten Jahres in verschiedenen Interviews verspricht, den Beförderungsstau aufzuheben, dann aber nicht danach handelt, muss sich nicht wundern, wenn daraus ein Bumerang wird.“

In einer Presseerklärung vom 12.07.2010 hieß es zum Beispiel: „Die Wuppertaler GRÜNEN sind erleichtert, dass die Perspektivlosigkeit beendet und die drohende Abwanderung von Feuerwehrleuten in finanzkräftigere Kommunen gestoppt werden soll.“ Geschehen ist bis heute nichts.

Manfred Todtenhausen abschließend: „Die Landesregierung ist in der Pflicht, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Aufhebung des



Beförderungsstaus zu schaffen. Die gerechte Bezahlung von Feuerwehrleuten darf nicht Frage der finanziellen Situation von einzelnen Kommunen sein. Es geht nicht um freiwillige Leistungen, sondern um öffentliche Daseinsvorsorge und Anerkennung der wichtigen und guten Arbeit unserer Feuerwehr“.

Unter Rot-Grün hat sich der Beförderungsstau von 100 auf 120 Stellen verschlimmert. Damit haben SPD und die Grünen ihre Wahlversprechen gebrochen.

BERGISCHE SINFONIE?

AUS ZWEI, MACH' EINS. DOCH SO EINFACH IST DIE GEMENDELAGE NICHT. WOHIN DIE REISE GEHT, STEHT NOCH NICHT FEST. FEST STEHT NUR, DASS NIEMAND HALBE SACHEN WILL. WIE STEHT ES UM DIE ZUKUNFT DES SINFONIEORCHESTERS WUPPERTAL?

Im Rahmen der Einspardiskussionen rund um die Wuppertaler Kultur ist immer wieder die Frage aufgeworfen worden, in wie weit durch eine engere Zusammenarbeit der drei Bergischen Städte eine Kürzung der städtischen Ausgaben ohne größere kulturellen Einbußen möglich wären.

Hierzu haben die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid gemeinsam mit der schwarz-gelben Landesregierung ein Gutachten bei der Firma Actori in Auftrag gegeben, um sich mögliche Kooperationsmöglichkeiten aufzeigen zu lassen.

Das erste Ergebnis des Gutachtens war klar und nüchtern:

Im Bereich der Wuppertaler Bühnen sehen die Gutachter kein Einsparpotential durch eine bergische Kooperation! Da Solingen und Remscheid keine eigenen Ensembles haben, sondern „nur“ Gastspielhäuser, würde eine Kooperation massive Kostensteigerung für Remscheid und Solingen bedeuten, die gleichzeitig nicht zu mehr Aufführungen führen würde.

Lediglich ein gemeinsamer Ticketverkauf der drei Bergischen Städte würde einen kleinen Einspareffekt bringen.

Und er hätte einen weiteren Vorteil: Bisher ist der Austausch des Publikums zwischen Solingen, Remscheid und Wuppertal (vorsichtig formuliert) bescheiden. Ein Wuppertaler fährt lieber nach Düsseldorf, bevor er nach Solingen oder Remscheid zu einer Kulturveranstaltung fährt. Ähnliches gilt für Remscheid und Solingen mit Blick nach Köln. Durch den gemeinsamen

Ticketverkauf könnte man auch zu einem gemeinsamen Veranstaltungskalender kommen und ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Angebote es in der direkten Nachbarschaft gibt.

Der zweite Teil des Gutachtens ist da schon komplizierter:

Das Wuppertaler Sinfonieorchester steht vor einer schwierigen Zukunft: In den nächsten 10 Jahren steigen die Personalausgaben um rund 20% (von 5,1 auf 6,5 Mio. €). Ein Betrag, den die Stadt Wuppertal nicht aufbringen kann. Das würde dann bedeuten, dass die Zahl der Stellen im Orchester von 88 auf 69,5 sinken müsste. Damit könnte weder die bisherige Qualität noch der Chefdirigent gehalten werden!

Die Situation bei den Bergischen Sinfonikern ist sogar noch dramatischer.

Actori hat nun als Möglichkeit aufgezeigt, was passieren würde, wenn man die beiden Orchester fusionieren würde. Dadurch würde erst einmal ein Orchester mit 160 Musikern entstehen (da der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen eine Vorgabe der beiden Verwaltungen war), dass man dann langsam über die natürliche Fluktuation auf 110 Musiker schrumpfen lässt. Dieser Prozess würde ca. 7-12 Jahre dauern, je nachdem wie viele Musiker sich vorzeitig eine andere Stelle suchen. Dies würde am Ende zu Einsparungen von rund 3,3 Mio. € im Jahr führen.

In der Übergangsphase würde es aber zu Mehrkosten führen, da die Musiker der Bergischen Sinfoniker

auf das Tarifniveau des Wuppertaler Sinfonieorchesters angehoben würden und das Orchester in den ersten Jahren „zu groß“ wäre. Diese Mehrkosten hätten sich erst nach insgesamt 20-25 Jahren amortisiert.

Künstlerisch wäre die Fusion für die nächsten 15-20 Jahre ein Verlust für Wuppertal! Das Orchester bildet derzeit einen einheitlichen Klangkörper, der durch einen ungesteuerten Zugang von anderen Musikern zerstört würde. Einen neuen Klangkörper aufzubauen würde viele Jahre dauern. Jedes Sinfoniekonzert würde zudem nur einmal statt bisher zwei Mal in Wuppertal aufgeführt. Und Kamioka wäre so sicherlich auch nicht mehr zu halten.

In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Konzertgesellschaft, Prof. Lutz Hesse, hat sich die Fraktion schon einmal informiert, ob er Chancen für eine private Unterstützung des Sinfonieorchesters sieht. Ähnlich wie beim von-der-Heydt-Museum könnte die Stadt ihren Zuschuss auf dem Status quo festschreiben.

Alle Kostensteigerungen müssten von Privaten aufgebracht werden; Zumindest so lange, bis die Stadt nach einer Gemeindefinanzreform wieder eigene finanzielle Spielräume hat. Dies scheint ein Weg zu sein, den sich sowohl die Konzertgesellschaft als auch mittlerweile die Stadtspitze vorstellen können.

Eine Entscheidung im Stadtrat steht voraussichtlich kurz vor den Sommerferien dieses Jahres an!

Bei Interesse kann das Actori-Gutachten in der Fraktionsgeschäftsstelle angefordert werden.

Die Vorschläge in dem umfassenden Gutachten der Firma Actori gehen vom gemeinsamen Ticketverkauf über eine verstärkte private Unterstützung der einzelnen Orchester bis hin zu einer Fusion der Orchester im bergischen Städtedreieck.

Eine Entscheidung im Stadtrat steht voraussichtlich kurz vor den Sommerferien dieses Jahres an!

© Foto: Norbert Wierzba



DEM BÜRGER SEI DANK!

FDP-FRAKTION FREUT SICH ÜBER WEITERFÜHRUNG DER WUPPERTALER BÄDER

Wäre es nach dem Willen der Grünen gegangen, wären jetzt in vielen Bädern bereits die Lichter aus.

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal begrüßt den Ratsbeschluss über die ehrenamtliche Fortführung der Hallenbäder Ronsdorf und Vohwinkel und der Freibäder Eckbusch, Mirke und Vohwinkel.

„Wir bedanken uns für das herausragende bürgerschaftliche Engagement der Fördervereine, welches den Fortbestand der Bäder für die Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger erst möglich macht“, so Alexander Schmidt, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal und ergänzt: „Es ist bemerkenswert, dass innerhalb kürzester Zeit über 2.000 Mitglieder für die Förder-

vereine gewonnen werden konnten und sind froh, dass die Stadt bei den Vertragsverhandlungen eingeht.“



Aus Sicht der FDP-Fraktion sind die Mitgliederzahlen der Fördervereine ein Beleg für die hohe Akzeptanz bei



den Wuppertalern und somit steigt auch die Chance, dass die Bäder langfristig geöffnet bleiben können.

„Die Grünen haben mit ihrer ablehnenden Haltung in der letzten Ratssitzung ein fatales Signal an die in den Vereinen engagierten Bürger gesandt. Daher hätte jedem klar sein müssen, dass eine Ablehnung de facto die Schließung der Bäder bedeutet hätte.“

Ein solches politisches Ziel stößt bei der FDP auf völliges Unverständnis“, so Schmidt abschließend.

Mit viel Kreativität und bürgerschaftlichem Engagement werden nun in Wuppertal die Hallenbäder Ronsdorf und Vohwinkel und die Freibäder Eckbusch, Mirke und Vohwinkel weiter betrieben.

GRENZENLOSE BILDUNG

In Wuppertal wird es keine Wiedereinführung von Grundschulbezirken geben. Ein entsprechender Antrag der Linken fand im Rat keine Mehrheit.

„In Wuppertal will niemand mehr starre Grundschulbezirke. Selbst die Sozialdemokraten, die noch vor wenigen Jahren die Auflösung der Grundschulbezirke massiv kritisierten, besinnen sich gerade eines besseren“, so Karin van der Most, schulpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal.

Damalige Befürchtungen, die Abschaffung würde zu Schüler-tourismus quer durch die Stadt und

Bildung von sogenannten Gettoschulen führen, konnten entkräftet werden. Alle Kinder haben nach wie vor einen Anspruch auf Aufnahme in die nächstgelegene Grundschule.

„Dem mit einer Wiedereinführung einhergehende erhöhte bürokratische Aufwand, lässt solchen Vorhaben sogar die Verwaltung ablehnend gegenüber stehen, da Eltern Sonderanträge auf eine Beschulung außerhalb des Grundschulbezirkes einreichen müssten“, so die liberale Bildungsexpertin.

In der letzten Legislaturperiode des Landtags wurde mit Mehrheit von CDU und FDP unter massivem Protest von SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen die Auflösung der Grundschulbezirke vorange-trieben, um Bildungsvielfalt zu fördern und Bürokratie abzubauen.

Die rot-grüne Minderheitsregierung beschloss jüngst im Landtag ein schulpolitisches Sofortprogramm zur Rückabwicklung dieser Maßnahme.

WIE GEHT ES MIT DER SANIERUNG VON SCHULGEBÄUDEN WEITER?

Das Gebäudemanagement hat in den letzten zwei Jahren 60 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturprogramms II, dem 1000-Schulen-Programm und der Bildungspauschale in Wuppertals Schulgebäude investiert.

Das Geld ist sowohl in die Sanierung als auch in den Neubau von Schulmensen geflossen.

„Dies verdient unsere volle Anerkennung“, sagt Karin van der Most, Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung. Gleichwohl dürfen diese gewaltigen Anstrengungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass an Schulen in unserer Stadt immer noch ein erheblicher Sanierungsstau besteht. „Es ist“, so van der Most, „verständlich, wenn Eltern, wie jüngst die der Grundschule Yorckstr., sich über den Zustand ihrer Schule, über nicht regulierbare

Heizungen, faustgroße Löcher in den Fensterrahmen, starke Geruchsbildung in den Toiletten, fehlender Brandschutz etc. beschweren, und sich fragen, warum an dieser Schule nichts passiert während andere Schulen topsaniert werden.“

Auch wenn die Stadt nicht alle Schulen gleichzeitig sanieren kann - zu lange ist die Bauunterhaltung in die Schulgebäude vernachlässigt worden - so muss es zumindest einen Sanierungsplan für die anderen noch sanierungsbedürftigen Schulgebäude geben.

Die FDP-Fraktion hat deshalb einen Bericht über den Sanierungsbedarf und die Sanierungsplanung für diese Schulgebäude beim GMW angefordert.

Wie wichtig diese Anfrage war, zeigt die Reaktion des Gebäudemanagements. Es sei, so das GMW, frühestens im Herbst möglich, unsere Fragen zu beantworten. Auch der Schulverwaltung fehlt der Überblick. Und so gestand der Schuldezernent Matthias Nocke „Ich bin sehr dankbar für die Anfrage der FDP.“

Eltern von Schülern der Grundschule Yorkstraße wandten sich an die FDP-Fraktion mit der Bitte um Hilfe. Die Verwaltung sah zunächst keinen Handlungsbedarf. Erst auf Druck der Medien wurde eingelenkt.

© Fotos: Karin van der Most



KEIN PLATZ FÜR NAZIS!

unter diesem Motto fand am 25. Januar eine Großkundgebung gegen einen für diesen Tag geplanten NPD-Aufmarsch statt. Aufgerufen hatte die „Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.“, der DGB, die Jungen Liberalen, die FDP-Ratsfraktion und viele andere Wuppertaler Organisationen.

Rund 3.000 Wuppertalerinnen und Wuppertaler versammelten sich in der Elberfelder Innenstadt, um deutlich zu machen, dass ausländerfeindliche und antisemitische Parolen von der breiten Mehrheit der Wuppertaler Bevölkerung abgelehnt werden. Denn Meinungsfreiheit bedeutet zwar, dass jeder seine Meinung sagen darf - aber es bedeutet nicht, dass man jedem zuhören muss oder man jede Auffassung unwidersprochen stehen lassen sollte.

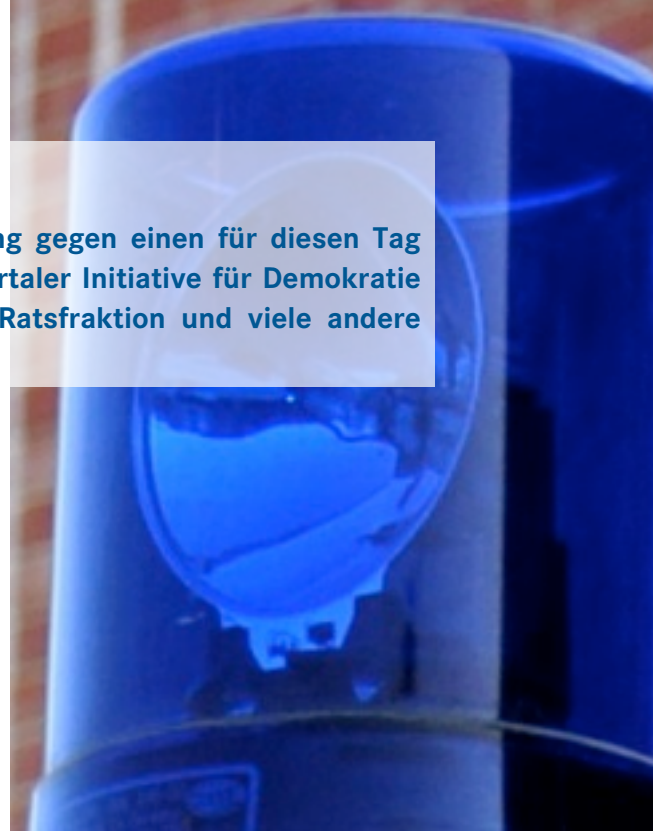
Diese Kundgebung auf dem Kirchplatz war daher die gelungene Positionierung der Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger für ein tolerantes Miteinander in unserer Stadt!

Nach dem offiziellen Teil der Kundgebung mit Landesarbeitsminister Bertram Schneider und Oberbürgermeister Peter Jung, zeichnete sich ab, dass der Start der NPD-Demo von der Polizei an den Bahnhof Unterbarmen verlegt wurde, um ein direktes Aufein-

andertreffen der Demonstranten zu vermeiden. Darauf hin zogen zahlreiche Demonstranten entlang der B7 in Richtung Bahnhof Unterbarmen, um dort den NPD-Demonstranten zu zeigen, dass sie in Wuppertal nicht erwünscht sind. Eine Gruppe von mehreren FDP-Mitgliedern gehörte zu den ersten, die am Unterbarmer Bahnhof eintrafen. Von der Brücke über den Bahngleisen konnte von dort aus der Verlauf des Nachmittags gut beobachtet werden. Insbesondere auch die spätere Räumung des Bahnsteiges durch die Polizei.



Daher konnte sich die FDP-Fraktion auch aus eigener Anschauung heraus in die später folgende Debatte über den Polizeieinsatz positionieren:



Dem Vorwurf des übermäßigen Gewalteinsatzes der Polizei hat die FDP-Fraktion öffentlich und deutlich widersprochen. Leider gab es auch auf Seiten der Gegendemonstranten einen Kern von gewaltbereiten Autonomen, der gezielt die gewaltsame Auseinandersetzung mit der Polizei gesucht hat.

Auch die einseitige Parteinahme zu Gunsten der NPD-Demonstration konnten wir nicht erkennen. Die Polizei hat das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu schützen - auch von Meinungen die der breiten Mehrheit nicht gefallen. Es gibt andere Möglichkeiten zu zeigen, wie die breite Mehrheit der Bevölkerung steht (siehe oben). Die FDP-Fraktion sieht in den Strafanzeigen gegen die Polizei den untauglichen Versuch, das gesellschaftliche Problem des Rechtsextremismus auf den Schultern der Polizeibeamtinnen und -beamten abzuladen. Dagegen haben sich die Liberalen deutlich verwehrt. Eine von der FDP ins Spiel gebrachte gemeinsame Resolution im Rat in diese Richtung hat jedoch keine Mehrheit gefunden, da sich sowohl Grüne als auch SPD aus Rücksicht auf entsprechende Gruppen in ihren Parteien nicht so klar zu Gunsten der Polizisten aussprechen wollten!

Eine gemeinsame Resolution, in der sich der Rat mit der Polizei hätte solidarisch erklären können, scheiterte an SPD und Grüne.

Liberalen haben auf der Großkundgebung gegen Nazis gut erkennbar und vor allem friedlich Flagge gezeigt.

© Foto Jörn Suika

KLIMAFREUNDLICH ESSEN

Ein vom Rat glücklicherweise abgelehnter Antrag der Grünen forderte die Einführung eines so genannten Veggie-Days - zu deutsch: Gemüsetag. In allen öffentlichen Kantinen und Einrichtungen sollte an einem Tag in der Woche ausschließlich fleischlose Kost angeboten werden.

Es ist wohl dem Grünen Menschenbild geschuldet, den Bürgerinnen und Bürgern in jeder Lebenslage mit Verboten zu begegnen. So sollte auch in Wuppertal vom Rat ein neues Verbot beschlossen werden, welches die Hungrigen in Kantinen städtischer Einrichtungen und städtischer Töchter, Schulumenschen und Kindertagesstätten dazu nötigen sollte an einem von der Verwaltung festgelegten Tag in der Woche Gemüse statt Fleisch zu verspeisen.

Zweifelsohne ist es richtig, dass die Fleischproduktion und hier vor allem die Rinderzucht erhebliche Mengen an Methan erzeugt. Richtig ist auch, dass Methan die Atmosphäre 20 mal stärker belastet als CO₂.

Die von den Grünen aufgemachte Rechnung sieht so aus, dass wenn alle Menschen in Wuppertal an einem Tag auf Fleisch verzichten würden, könnte damit die Belastung von rund 25.000 Pkw pro Jahr

eingespart werden. Gleichzeitig würden sowohl der Wasser- als auch der Flächenverbrauch erheblich reduziert.

Die Lebenswirklichkeit sieht aber anders aus. Denn derjenige, der Appetit auf Fleisch hat, wird diesen auch zu stillen wissen, denn die nächste Würstchen- oder Dönerbude ist meist nicht weit entfernt.

Nicht, dass ein falsches Bild entsteht; die FDP-Fraktion begrüßt ausdrücklich gesunde und auch umweltbewusste Ernährung.

Allerdings wird man die Menschen nicht mit Zwang dazu bewegen können auf Fleisch zu verzichten, sondern nur durch Überzeugung und ein gutes alternatives Angebot in den Kantinen und Mensen. Dort, wo der Mensch versteht was er tut, wird er auch gewillt sein, sein Essverhalten zu verändern. Schon heute gibt es in jeder Kantine fleischlose Kost. Wenn diese dann

auch noch attraktiv und lecker ist, wird sie auch vermehrt Abnehmer finden. Dabei ist dann auch egal, an welchem speziellen Tag in der Woche auf Fleisch verzichtet wird.

Überspitzt könnten die Grünen auch aus Umweltaspekten zum Konvertieren zum Katholizismus auffordern. Strenge Katholiken essen Freitags nämlich schon seit jeher kein Fleisch und schonen damit unser Klima.

Diese Forderung würde bei den Grünen wohl auf eine breite Ablehnung stoßen. Dieses eher scherzhaft gemeinte Beispiel soll verdeutlichen, dass Menschen aus einer inneren Überzeugung oder aus Lust bereit sein müssen ihr Verhalten zu ändern.

Zwang und Verbote sind meist schlechte Ratgeber - und mal ehrlich, selbst welcher gute Katholik verzichtet freitags heutzutage tatsächlich noch auf Fleisch?

Zwang und Verbote sind fast immer schlechte Ratgeber. Innere Überzeugung und ein gutes Alternativangebot können langfristig erfolgreich zu Änderung von Verhaltensweisen führen.



Entgegen der allgemeinen Haltung, grundsätzlich keine Anzeigen zu schalten, hat die FDP-Fraktion eine Ausnahme gemacht, um den Wuppertaler Rosensonntagszug unterstützen zu können.

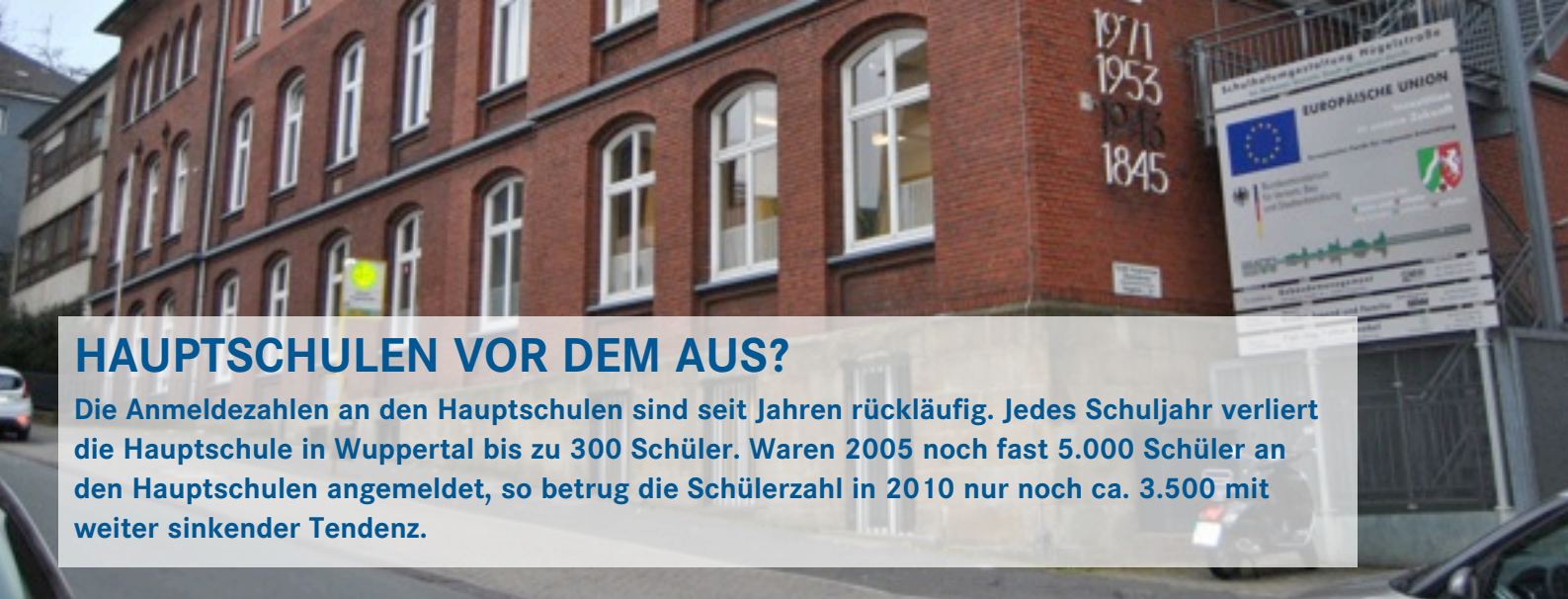
Die Anzeige stellt einen symbolischen Beitrag zum Erhalt des Rosensonntagszuges dar, der für viele Wuppertaler ein wichtiges kulturelles Ereignis ist und erhalten bleiben muss. 90.000 Besucher des Zuges sind ein Beleg für die große Bedeutung.

In dem Begleitheft zum Rosensonntagszug, der vom Carneval Comitee Wuppertal e.V. (CCW)

veranstaltet wurde, fanden die Besucherinnen und Besucher neben den Anzeigen der Fraktionen von CDU und SPD auch eine der FDP.

Schützenhilfe hierfür gab es von unseren Kölner Kollegen, denen an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön gilt. Als Vorlage unserer Anzeige diente ein Kölner Karnevalsorden aus dem Jahr 2009, der von dem Kölner Parteifreund Stephan Wieneritsch gestaltet wurde. Tobias Wierzba hat diesen dann auf Wuppertaler Verhältnisse zugeschnitten.

Ein dreifaches Wupprika und bis nächstes Jahr!?



HAUPTSCHULEN VOR DEM AUS?

Die Anmeldezahlen an den Hauptschulen sind seit Jahren rückläufig. Jedes Schuljahr verliert die Hauptschule in Wuppertal bis zu 300 Schüler. Waren 2005 noch fast 5.000 Schüler an den Hauptschulen angemeldet, so betrug die Schülerzahl in 2010 nur noch ca. 3.500 mit weiter sinkender Tendenz.

Zu den drei Hauptschulen in Cronenberg, auf dem Rott und in Elberfeld werden weitere Schulschließungen erwartet.

Obwohl die Hauptschulen eine gute Arbeit leisten und das Wuppertaler Hauptschulmodell von allen Seiten gelobt wird, gibt es in der Politik wenig Rückendeckung für die Hauptschulen. Warum sollten die Eltern sich für diese Schulform entscheiden, wenn die Hauptschule

todgeredet wird, wenn Politik und Verwaltung die rückläufigen Schülerzahlen an den Hauptschulen zwar beobachten, dem aber nichts entgegensetzen? Es gibt in Wuppertal keinen Hauptschulentwicklungsplan. Es wird daran auch nicht gearbeitet, wie die Schulverwaltung auf Anfrage der FDP im Schulausschuss zugeben musste. Dabei wäre ein solcher Entwicklungsplan, ähnlich wie der zur Zeit

für die Förderschulen erarbeitet wird, notwendig, um die künftige Schullandschaft in Wuppertal zu gestalten. Der Schuldezernent, der vor einem Jahr in der WZ die Aufstellung eines Hauptschulentwicklungsplans angekündigt hatte, will in der nächsten Sitzung des Schulausschusses eine erweiterte Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage geben. Wir sind gespannt.

In Wuppertal gibt es keinen Hauptschulentwicklungsplan. Deshalb gibt es langfristig in unserer Stadt keine Planungssicherheit.

WIE STEHT ES UM DIE HYGIENEÜBERWACHUNG DES ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENSTES?

Im vergangenen Jahr hatte die FDP den Personalmangel im Gesundheitsamt und die dadurch entstandenen Vernachlässigungen von Aufgaben im kinder- und jugendärztlichen Dienst sowie bei der zahnärztlichen Untersuchung in Schulen und Kindergärten aufgedeckt und für regen Diskussionsstoff im Ausschuss gesorgt. Einiges konnte seither durch die Neueinstellung von Personal verbessert werden.

Eva Schroeder bleibt am Thema dran und hat zugleich ein neues Thema angestoßen. Wie werden die Aufgaben in anderen Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes, wie z.B. in der Hygieneüberwachung – immerhin eine gesetzliche Pflichtaufgabe – wahrgenommen, wollte Eva Schroeder in einer Anfrage zur letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit

wissen. Die Antwort der Verwaltung hat wieder mehr Fragen als Antworten aufgeworfen, so dass sich der Ausschuss in seiner nächsten Sitzung erneut mit dieser Frage befassen wird. Bei fast allen Hygieneüberwachungen gab und gibt es bis zu 100% Beanstandungen.

Schroeder: „Wir reden dabei von Beanstandungen der Hygienevorschriften in Krankenhäusern, ambulanten Operationsräumen, Einrichtungen des Rettungsdienstes aber auch in Kindertagesstätten, Schulen etc. Ein ernstzunehmendes Thema, wo wir genau hinschauen müssen, um welche Art von Beanstandung es sich handelt und was dagegen unternommen wird. Eine Antwort zur Qualität der Mängel muss die Verwaltung noch nachliefern, denn bei den vorgefundenen Mängeln kann es sich um

alles Mögliche handeln, wie z.B. fehlende Dokumentationen, leere Seifenspender usw.“

Eine saubere Großküche © Foto: Alexander Schmidt





UMFELD DÖPPERSBERG

Der Umbau des Döppersbergs schreitet voran und die ersten für die Anlieger spürbaren Einschnitte sind zu vermelden. „Operation am offenen Herzen“ konnte man im Vorfeld häufiger lesen. Um im Bild zu bleiben, müssen Bypässe gelegt werden. Doch da waren doch noch eine Reihe weiterer Projekte, die das Bypasslegen zu einem verkehrstechnischen Abenteuer machen könnten.

Natürlich freut sich die FDP-Fraktion darüber, dass die Bauarbeiten begonnen haben und es bislang fast keinen zeitlichen Verzug zu vermelden gibt. Schließlich handelt es sich beim Umbau des Döppersbergs um das derzeit verkehrstechnisch und stadtgestalterisch bedeutendste Großprojekt in Wuppertal.

Dieses verlangt von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu seiner vollständigen Realisierung viel Geduld und Verständnis ab. Die ersten Vorboten kann man als Anlieger der Straße Döppersberg bereits erleben. Die Bagger rollen bereits, Gebäude mussten weichen und viel Erde und Schutt sind bereits verschoben und teilweise abtransportiert worden.

Doch zu den wichtigen Bauprojekten zählen auch zahlreiche Baustellen im Umfeld des eigentlichen Döppersbergumbaus.

Hierzu hat die FDP-Fraktion zur letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen ein paar Fragen gestellt. In einer Großen Anfrage wollte FDP-Fraktion von der Verwaltung zum Beispiel wissen, wie der aktuelle Sachstand bezüglich der Projekte Parkplatz Ohligsmühle, Parkhaus Wesendonkstraße, ehemaliges Postverteilzentrum, Gebäude der Bundesbahndirektion und der anstehenden Sanierung des Kiesbergtunnels ist. Ferner wollten wir wissen, wie der zeitliche Ablauf der Projekte ist, welche Baumaßnahmen den Umbau Döppersberg

tangieren und welche Maßnahme von Seiten der Verwaltung unternommen werden, um mögliche Störungen im Ablauf zu begegnen.

Das aus liberaler Sicht erschreckende an den Antworten ist, dass die Verwaltung diese zum Großteil auch nicht kennt. Die Verwaltung gibt an, dass es keine neuen Erkenntnisse zur Bauzeiten gibt und keine direkten Auswirkungen erwartet werden. Das gilt zumindest für die Bebauung des Parkplatzes Ohligsmühle ebenso wie für die des Parkhauses Wesendonkstraße. Für das ehemalige Postverteilzentrum sind der Verwaltung keine Baumaßnahmen bekannt und beim Gebäude der Bundesbahndirektion gibt es nichts Neues. Der Kiesbergtunnel werde zwar für zwei Jahre komplett geschlossen, aber man gehe nicht davon aus, dass dieses Auswirkungen haben werde. Eine weitere Baumaßnahme sei das Verzweigungsbauwerk Mirker Bach im Wall, welche laut Plan bis Ende 2012 abgeschlossen sein soll.

Weitere Baumaßnahmen seien der Verwaltung aber nicht bekannt und es sei nicht abzusehen, ob die genannten Projekte Auswirkungen auf den Döppersberg haben. Daher müsse man auch keine Maßnahmen treffen, um mögliche Störungen im Ablauf zu minimieren.

Auch wenn das oben bemühte Bild nicht überstrapaziert werden sollte, aber beruhigt geht man so nicht in die Operation...

Das aus liberaler Sicht erschreckende an den Antworten der Verwaltung auf unsere Große Anfrage ist, dass diese die Antworten größtenteils nicht kennt.

LUFTREINHALTEPLAN

Zur Einführung der Verschärfung der Wuppertaler Umweltzonen bat die FDP-Fraktion im Ausschuss für Umwelt die Verwaltung um Beantwortung einiger Fragen. Im Fokus standen die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan 2008.

Die Verschärfung der Umweltzonen wurden laut Angaben der Bezirksregierung notwendig, da die bisherigen Einfahrverbote für Fahrzeuge der Schadstoffklasse eins (ohne Plakette) nicht ausgereicht haben, um die Grenzwerte für Stickstoffdioxid an den Messstellen zu unterschreiten. Die FDP fragte daher, ob und wie erfolgreich die anderen im Luftreinhalteplan Wuppertal aus dem Jahr 2008 genannten Maßnahmen der Stufe 3 umgesetzt wurden und welche Maßnahmen jetzt zeitgleich mit der Verschärfung der Umweltzonen (Stufe 4) umgesetzt werden.

Neben Fragen zum städtischen Fuhrpark und zur Optimierung der Routen des LKW-Durchgangsverkehrs wollten wir wissen, ob die WSW mobil GmbH Maßnahmen zur Erhöhung der Reisegeschwindigkeit

auf Grundlage einer Störquellenanalyse bei den Buslinien umgesetzt haben.

Der Fuhrpark stellt nach Angaben der Verwaltung kein Problem dar. Eine Optimierung der Routen für den LKW-Verkehr ist aufgrund der topografischen Situation weitestgehend nicht möglich.

Eine Störquellenanalyse zur Erhöhung der Reisegeschwindigkeit findet regelmäßig statt und wird wenn möglich umgehend umgesetzt. Eine Realisierung größerer Maßnahmen sei von der Bewilligung von Fördergeldern abhängig.

Lediglich der Einsatz von alten Bussen ist bei der WSW mobil GmbH immer noch ein Thema. Bis zum 1. März 2011 waren noch 80 Busse mit roter Plakette im Einsatz. Die Stadtwerke setzen darauf, dass hier eine Übergangsregelung von



VCV und VRR ausgehandelt wird, um Busse mit roter Plakette bis 2013 und die mit gelber bis 2017 schrittweise ausmustern und durch moderne Busse ersetzen zu können.

Für die Errichtung von Kreisverkehren ist von Seiten der Bezirksregierung keine Förderung in Aussicht gestellt worden. Ebenso gibt es trotz der von der Uni belegten positiven Klima- und Umwelteffekte keine Genehmigung für gezielte innerstädtische Begrünung. Dabei ist es unstrittig, dass eine Durchgrünung der Innenstadt auch eine lokalklimatische Bedeutung für die zukünftige Anpassung der Stadt an den Klimawandel hat.

Seltsam nur, dass sich eine Grüne Regierungspräsidentin solchen umweltpolitischen Sachargumenten verschließt!

Forschungsergebnisse der Uni Wuppertal belegen, dass gezielte innerstädtische Begrünung positive klimatische Effekte hat. Nur die Grüne Regierungspräsidentin stellt sich quer.

KOSTENERSTATTUNG FÜR VERSCHREIBUNGSPFLICHTIGE VERHÜTUNGSMITTEL

Die Fraktion der Grünen hat einen Antrag auf Prüfung für eine mögliche Erstattung von verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln für bedürftige Frauen eingebracht.

Die Verwaltung wird darin aufgefordert zu prüfen, ob eine solche Kostenerstattung vollständig oder anteilig durch die Sozialverwaltung übernommen werden kann. Da hier die gesetzlichen Grundlagen nicht gegeben sind, wurde der Antrag bereits im Sozialausschuss in diesem Punkt gegen die Stimmen der Grünen und Linken von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Im Antrag wird weiterhin gefordert, dass sich die Stadt Wuppertal auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzt, dass verschreibungspflichtige Verhütungsmittel kosten-

los zur Verfügung gestellt werden und der Regelsatz dafür angepasst wird.

Hier haben wir als einzige Fraktion dagegen gestimmt, da der jetzige Regelsatz aus unserer Sicht zwar knapp, aber ausreichend bemessen ist. Nach Abzug des maximalen Eigenanteils bei Zuzahlungen für Medikamente bleibt ein genügend hoher Geldbetrag übrig, um diese Medikamente selbst bezahlen zu können.

Auch die im Antrag angesprochene Sponsorsuche unter Krankenversicherern, die diese Regelung bis zu einer Entscheidung unterstützen sollen, halten wir für verfehlt. Krankenkassen finanzieren sich aus Sozialabgaben und damit vom Geld der Allgemeinheit, der nicht un-

eingeschränkt Kosten zugemutet werden darf.

Außerdem sehen wir es nach der richterlich verfügbaren, transparenten Neuberechnung der Regelsätze als nicht richtig an, willkürlich einzelne Positionen herauszunehmen, um sie zusätzlich aus Sozialabgaben finanzieren zu lassen; darum haben wir diesen Antrag in allen Punkten abgelehnt.

Als einzige Fraktion im Rat hat die FDP den Antrag der Grünen in allen Punkten abgelehnt.



UMWELTZONE UND DOSENFAND

Gemeinsamkeiten gibt es durchaus. Beides entstammt Grüner Politik, ist sinnlos und schafft mehr Bürokratie.



Marcel Hafke setzt sich im Landtag NRW für Wuppertaler Interessen ein.
© Foto: Marcel Hafke

Mit dieser sinnlosen Verschärfung der Umweltzonen trifft man vor allem kleine und mittelständische Betriebe.

Seit dem 1. März 2011 gilt die Verschärfung der Umweltzonen auch für Wuppertal. Kraftfahrzeuge mit roter Plakette dürfen nun auf Anordnung der grünen Regierungspräsidentin Anne Lütkes in großen Teilen Wuppertals nicht mehr ohne Ausnahmegenehmigung fahren.

Dass dies jedoch sowohl aus umweltpolitischer als auch wirtschaftspolitischer Sicht keineswegs sinnvoll ist, wird hierbei augenscheinlich nicht wahrgenommen.

Die Entwicklung der Schadstoffbelastung in Wuppertal in den letzten Jahren verläuft im Vergleich zu den anderen Großstädten in NRW merklich günstiger, da die Grenzwerte für Feinstaub deutlich unterschritten werden. Anders verhält es sich jedoch bei anderen schädlichen Gasen wie beispielsweise Stickoxiden.



Die von Seiten der Bezirksregierung Düsseldorf verordnete Verschärfung der Umweltzone ignoriert diese Tatsache jedoch, denn die Plaketen-Regelung zielt allein auf die ausgestoßenen Feinstaubmengen der Fahrzeuge. Hinsichtlich der

NO₂-Belastung können Fahrzeuge mit gelber oder grüner Plakette sogar mehr schädliche Stickoxide ausstoßen als rot etikettierte, von denen insgesamt ohnehin nur 3.400 in Wuppertal angemeldet sind.

Mit dieser sinnlosen Verschärfung der Umweltzonen trifft man vor allem kleine und mittelständische Betriebe, die sich eine Erneuerung ihres Fahrzeugparks nicht leisten können. Im Umweltausschuss des Landtags konnte die FDP immerhin eine Verlängerung des Handwerkerparkausweises als Ausnahmegenehmigung vor allem für Kleinbetriebe durchsetzen. Statt weitere Stellschrauben mit zusätzlicher Bürokratie anzulegen, sollte die Landesregierung sich vielmehr Gedanken um einen effektiven Umweltschutz machen.

von Marcel Hafke, MdL

20 % WENIGER FÜR DIE BERGISCHE UNIVERSITÄT

Schlechtere Bildung dank Rot-Grün.

Mit den Stimmen der rot-grünen Minderheitsregierung und der

Linken hat der nordrhein-westfälische Landtag am 24. Februar die Abschaffung der Studienbeiträge beschlossen.

Für die Qualität der Lehre an den Hochschulen wird das katastrophale Folgen haben. Die Bergische Universität Wuppertal rechnet mit einem deutlichen Verlust an finanziellen Ressourcen für die Lehre.

20 Prozent der bisher durch die Studienbeiträge zur Verfügung stehenden Mittel werden aufgrund der unzureichenden Kompensation in Wuppertal fehlen. Das sind mehr als 2 Millionen Euro, die für die Verbesserung der Studienbedingungen und die Schaffung von

Arbeitsplätzen nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Bergische Universität Wuppertal wird damit absehbar geschwächt.

Zu diesem Beschluss, der auch mit den Stimmen der Wuppertaler SPD-Abgeordneten gefällt wurde, erklärt der Wuppertaler FDP-Landtagsabgeordnete Marcel Hafke: „Die Wuppertaler Abgeordneten der SPD müssen den Studierenden erklären, warum sich die Studienbedingungen verschlechtern. Die Rechnung für jedes fehlende Tutorium, jedes fehlende Lernmittel, jedes fehlende Betreuungsangebot können sie dann bei der SPD einreichen“.

von Marcel Hafke, MdL



21. Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz)^{1) 2)}

LIBERALE FORDERUNG ZUR ÄNDERUNG DES KOMMUNALWAHLRECHTS

Die Landesregierung plant derzeit einige Änderungen des Kommunalwahlrechts in NRW.

Dazu hat auch die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) in NRW Stellung bezogen:

"Die VLK in NRW setzt sich für eine attraktive Kommunalpolitik ein. Gute Arbeit kann in den Räten der Städte, Gemeinden und Kreistage nur gewährleistet werden, wenn auch qualifizierte Kandidaten sich zur Wahl stellen."

Das derzeitige Wahlsystem muss dafür aber verbessert werden. Aus diesem Grund wollen wir die Reform des Kommunalwahlgesetzes.

Die VLK fordert:

- 1) Die Wiedereinführung der Stichwahl bei der Wahl der (Ober-) Bürgermeister*
- 2) Die Verlängerung der Amtszeit der (Ober-)Bürgermeister auf 8 Jahre*

3) Die Möglichkeit des Kummulierens und Panaschierens bei den Kommunalwahlen

4) Einen gemeinsamen Termin für Europa- und Kommunalwahlen"

Fünf klare Forderungen gegen die Demokratieverdrossenheit, damit sich wieder mehr Menschen auf kommunaler Ebene ernst genommen fühlen.

Weitere Informationen über die Arbeit der VLK finden sie unter www.vlk-nrw.de.

FDP-Bundestagsfraktion hat keine Zeit für OB Jung!?

In den letzten Wochen konnte man den Medien entnehmen, dass Wuppertal zusammen mit anderen armen NRW-Städten in Berlin mehr Geld einfordern will.

Hierzu reiste der Oberbürgermeister Peter Jung mit einer Delegation des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ in die Hauptstadt, um Bundespolitiker zu treffen und diesen ihre Finanznot noch einmal deutlich zu machen und den Bund zum Handeln aufzufordern. Die Städtevertreter seien bei den Fraktionssitzungen der SPD und der Linken zu Gast gewesen. CDU und die Grünen hätten die Gäste zu ihren Arbeitskreisen Kommunalpolitik eingeladen. Einzig die FDP hätte keine Zeit gehabt.

Diese Meldungen waren Anlass genug für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal, sich an die FDP-Bundestagsfraktion mit der Bitte um Erläuterung zu wenden. Die Antwort hingegen spiegelt ein

anderes Bild wider, als beispielsweise von Radio Wuppertal suggeriert.

Frau Dr. Brigit Reinemund, Mitglied des Bundestags und kommunalpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion schilderte ihre Sicht der Dinge.

Zwar hat es eine Anfrage von Seiten des Bündnisses gegeben, jedoch war ein Empfang in der Bundestagsfraktion in dem vom Bündnis diktierten Zeitfenster am 21. Februar 2011 aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

Zum einen seien Fraktionssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich. Zum anderen sei es nicht üblich einzelne Gruppen zu solchen Sitzungen einzuladen; was überdies auch organisatorisch nicht machbar sei.

Durch das vorgegebene, fixe Zeitfenster, sei außerdem eine kurz-

fristige Verlegung der AG Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion mit bereits geladenen Referenten unmöglich gewesen. Auf ein Angebot auf ein persönliches Gespräch mit Frau Dr. Reinemund als kommunalpolitische Sprecherin im kleinen Kreis gab es von Seiten des Bündnisses hingegen bis heute keine Reaktion.

Der knappe Satz in der Meldung „Einzig die FDP hatte kein Zeit“ ist daher eher der politischen Stimmungsmache geschuldet. Schade, dass keine Richtigstellung erfolgte.

Der knappe Satz „Einzig die FDP hatte keine Zeit“ ist daher eher der politischen Stimmungsmache geschuldet.





Termine

Gesamtfraktion

21.03.2011, 18.30 - 20.30 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
(Gast: Herr Andreas Feicht, WSW)

11.04.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
1. Sitzungszimmer, Rathaus
(Gast: Frau Polizeipräsidentin Birgitta Radermacher)

16.05.2011, 18.30 - 20.00 Uhr,
II. + III. Sitzungszimmer, Rathaus
Vorbereitung der Ratssitzung

Ratssitzungen

23.05.2011, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

18.07.2011, 16.00 Uhr, Ratssaal,
Rathaus

Arbeitskreise

Arbeitskreis 1

Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr;
Finanzen, Schutz&Ordnung

28.03.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Jörn Suika und Alexander
Schmidt*

02.05.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Jörn Suika und Alexander
Schmidt*

Arbeitskreis 2

Soziales, Integration, Jugend, Schule,
Sport und Kultur

04.04.2011, 19.00 Uhr, Rathaus,
Zimmer 149

*Leitung: Susanne Wywiol und Eva
Schroeder*

Gast: Frau Konda von Frauennotruf e.V.



Seit der Ratssitzung am 28. Februar 2011 gibt es personelle Veränderungen in zwei Ausschüssen. **Oliver Steidle** wurde als sachkundiger Bürger vom Rat der Stadt im Ausschuss für Gleichstellung gewählt.

Andrea Sperling schied aus persönlichen Gründen aus diesem Ausschuss aus. Wir danken ihr für ihr Engagement.



Eine weitere Änderung gab es im Ausschuss für Schule und Bildung. Hier ist der neue stellvertretende sachkundige Bürger **Martin Brüssow**.

Patrick Mebus schied umzugsbedingt aus. Auch ihm dankt die Fraktion für seinen Einsatz.

Die Neuen heißen wir recht herzlich willkommen.

Kontakt

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Rathaus (Barmen), Zimmer 150
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Tel 0202 / 563 62 72

Fax 0202 / 563 85 73

E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Internet www.fdp-wuppertal.de

Sie erreichen unsere
Geschäftsstelle:

Mo - Do: 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr

Fr: 9.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fraktionsmitarbeiter

Tobias Wierzba, Dipl. Jur.
Fraktionsgeschäftsführer

Karin van der Most, Dipl. Soz.
Fraktionsgeschäftsführerin

Andrea Sperling
Sekretariat